

## Deutscher Reichstag.

(349. Sitzung.) CB. Berlin, 2. Dezember.

Der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes wurde dem Generalaussschuss überwiesen. Das Haus setzte dann die

### Aussprache über die Wirtschaftslage

im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Interpellation fort. Das kommunifische Misstrauensvotum wurde mit der Beratung verbunden.

Abg. Lammers (Ztr.) stellte fest, daß der Umfang der deutschen Produktion wieder den Stand der Vorkriegszeit erreicht habe. Es könne aber keinem Zweifel unterliegen, daß man von der Kapitalseite her von dem früheren Volumen noch entfernt sei. Darum könne auch auf Auslandsanleihen noch nicht verzichtet werden. Die Einführung von Lebensmitteln sei noch erschreckend groß. Das sei auch die Ursache der Passivität der deutschen Handelsbilanz. Mit Zöllen allein könne hier nicht geholfen werden. Es ginge auch nicht an, daß gewisse Wirtschaftszweige sich auf den Inlandsabsatz beschränken und erst in der höchsten Not an den Export dächten. Heute schon fürchteten weite Kreise eine neue Inflation und sie würden von Interessenten darin bestärkt und ermahnt, Sachwerte zu kaufen. Wer diese Absicht fördere, müsse als Landesverräter ins Gefängnis gesteckt werden. Die gegenwärtige Kartellverpflichtung könne Deutschland auf die Dauer nicht ertragen. Der Redner erklärte schließlich Erörterungen, wie sie mit dem Reparationsagenten schon seit längerer Zeit eingetreten sind, als eine wirtschaftliche Unmöglichkeit.

Abg. Dautz (D. Vp.) wies darauf hin, welche großen Leistungen die deutsche Privatwirtschaft durch die Einstellung von einhalb Millionen Arbeitslosen erbracht habe. Von privatrechtlicher Seite sei keine Gefahr zu befürchten, höchstens von finanzpolitischer, besonders von der Finanzpolitik der öffentlichen Hand. Der Redner besprach dann die Denkschrift des Reparationsagenten und stellte fest, daß der Dawes-Plan keineswegs so funktioniere, wie die Sachverständigen angenommen hätten. Der Redner betonte die Notwendigkeit der Kapitalneubildung, die nur durch die Beschränkung der Ausgaben und Aufgaben der öffentlichen Hand zu erreichen sei. Er trat besonders für den Schutz des Mittelstandes ein, der unter der heutigen Steuerbelastung zum Ruin geführt werde. In der sozialen Gesetzgebung müsse eine Atempause eintreten. Auch bezüglich der Lohnpolitik sollte man augenblicklich besser etwas auf der Stelle treten.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) wies darauf hin, daß der fatale Eindruck und die Erschütterung des deutschen Gesamtkredits im Auslande erfreulicherweise bereits wieder in der Abnahme begriffen seien. Für die Zukunft müßten derartige Erschütterungen vermieden werden. Der Redner behauptete, daß die Reichsregierung auf die Wirtschaft bei ihrer Steuer- und Sozialgesetzgebung nicht die notwendige Rücksicht nehme. Er schloß mit der Feststellung, daß Deutschland seinen äußeren Verpflichtungen im vollen Maße nachkommen werde. Allzuviel würden an dem guten Ruf der deutschen Wirtschaft für Vertrauens- und Loyalität zerschellen.

### Die Abfindung der Standesherrn

vor dem Rechtsausschuss des Reichstages.

Berlin, 2. Dezember. Der Rechtsausschuss des Reichstages beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung noch mit der Frage der Abfindung der Standesherrn. Der preussische Vertreter stellte mit, daß Preußen an die Standesherrn im Vierteljahr 170 000 RM. Renten zu zahlen habe und daß bereits Fürst Salm und der Herzog von Arenberg die preussische Regierung auf weitere Zahlungen verklagt hätten und der Herzog von Holftein-Augustenburg eine ähnliche Klage angekündigt habe. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag des Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) angenommen, der die demnächstige Beratung der demokratischen und sozialdemokratischen Anträge betreffs Abfindung der Staatsrenten der früheren Landes- und Standesherrn fordert.

### Änderung des Gesetzes über den Verlust der Bürgerrechte bei Zuchthäusern.

Berlin, 2. Dezember. Der Strafrechtsausschuss des Reichstages beschloß heute für die §§ 49 und 50 des neuen Strafgesetzbuches entsprechend den Vorschlägen seines Unterausschusses eine neue Fassung. § 49 lautet: Wer zum Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wird, verliert für immer das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen. Wird auf zeitliches Zuchthaus erkannt, so kann das Gericht den Verurteilten auf mindestens zwei und höchstens 5 Jahren für unfähig erklären, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen. § 47 Abs. 2 gilt entsprechend. § 50 lautet: Die oberste Justizverwaltungsbehörde kann dem Verurteilten die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden oder in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, wiedererleihen.

Berlin. Der Bildungsausschuss des Reichstages nahm am Freitag auch den § 10 des Reichsschulgesetzentwurfes an, wonach einem vorchriftsmäßig gestellten Antrag auf Umwandlung einer Schulform in eine andere stattzugeben ist, wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens zwei Dritteln der die Schule besuchenden Kinder sich dafür ausgesprochen haben. Die Deutsche Volkspartei beantragte, einen neuen Paragraphen 10 a einzufügen, wonach die beteiligte Gemeinde zur Mitwirkung bei der Entscheidung heranzuziehen ist.

### Memel wird weiter terrorisiert.

Berlin, 3. Dezember. Nach einer Meldung aus Memel sind gestern 14 Beamte der Hafenbauverwaltung und der Postverwaltung Memels gekündigt worden. Es handelt sich fast ausnahmslos um Memelländer. In diesen beiden Verwaltungen werden künftig fast nur noch aus Großlitauen zugezogene Personen angestellt sein.

### Das Hin und Her der Eigentumsverhandlungen in Amerika.

New York, 3. Dezember. Die Erklärung des Schatzjägers Mellon für möglichst schnelle Erledigung der Rückgabe des während des Krieges beschlagnahmten feindlichen Eigentums hat in allen amerikanischen Kreisen größte Beachtung hervorgerufen, jedoch muß die ganze Frage weiterhin mit Skepsis behandelt werden. Wenn auch das Repräsentantenhaus die Eigentumsverträge annimmt, so bestehen nach wie vor Schwierigkeiten im Senat. Im Senat sind Strömungen im Gange, die die Verabschiedung der Eigentumsbill bis auf die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen verschieben wollen.

### Beamtenentlassungen in Litauen.

Rowno, 2. Dezember. Anlässlich der letzten Ereignisse und im Zusammenhang mit der Abreise des Führers der christlichen Demokraten Dr. Bistras sind in fast allen Ministerien Beamte fristlos entlassen worden. Die entlassenen Beamten sind sämtlich Anhänger der Christlich-demokratischen Partei.

# Abreise Stresemanns nach Genf.

## Bernstorff zur Sicherheitsfrage.

Die Außenminister in Genf.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat Freitag früh die Reise nach Genf angetreten. Er wird zunächst in Kürnberg Station machen, um dort an einer Versammlung teilzunehmen. Dort trifft er mit dem Staatssekretär v. Schubert, Ministerialdirektor Gaus und den übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation zusammen und wird mit ihnen die Reise nach Genf fortsetzen. Voraussichtlich werden schon am Sonntag die wichtigen Besprechungen zwischen den in Genf versammelten Außenministern über die Fragen der internationalen Politik einsetzen, deren wichtigste augenblicklich das Verhältnis zwischen Polen und Litauen ist.

Der polnische Außenminister Zaleski wird am Sonntag in Genf sein. Ob Marschall Pilsudski ebenfalls nach Genf kommt, ist auch jetzt noch nicht entschieden. Das Erscheinen des litauischen Präsidenten Woldemaras soll



Der litauische Ministerpräsident Woldemaras, den der polnische Ministerpräsident Pilsudski für „verrückt“ erklärt hat.

aber sicher sein. Von der sowjetrussischen Delegation sind bereits zwei Delegierte nach Berlin abgereist, und zwar der stellvertretende Chef des Stabes, Bugatschew, und Admiral Behrens. Die übrigen Delegierten werden nach den bisherigen Dispositionen Genf am Sonntagabend verlassen. Es verlautet jedoch, daß die russische Delegation einen Beobachter in Genf zurücklassen wird.

### Beschlußnahme des Reichsnetts.

Wie man hört, hat sich das Reichskabinett nach dem Vortrage des Reichsaussenministers mit der deutschen Taktik in Genf befaßt; im Kabinett herrscht völlige Einmütigkeit über die Art und Weise, wie der polnisch-litauische Konflikt behandelt werden soll.

Der Staatssekretär der Reichsjustiz, Dr. Pünder, der ebenfalls nach Genf reisen sollte, wird noch einige Tage in Berlin bleiben. Man muß annehmen, daß diese Verschiebung der Reise des Staatssekretärs mit den Schwierigkeiten in der Schulfrage zusammenhängt, die neuerdings entstanden sind.

### Die Sicherheitsbestrebungen.

Zu seiner zweiten Sitzung trat das Sicherheitskomitee in Genf zusammen. Der Vorstand legte ein Arbeitsprogramm vor. Der Führer der jugoslawischen Delegation bezeichnete dabei den kürzlich abgeschlossenen Vertrag Frankreichs mit Jugoslawien als ein Sicherheitsmittel. Nach ihm sprach der

### deutsche Vertreter Graf Bernstorff.

Er betonte eindringlich die Notwendigkeit, die Schiedsgerichtsbarkeit auszubauen und ein Verfahren zu schaffen, das die friedliche Regelung aller internationalen Konflikte gewährleistet. Die Lösung aller anderen damit zusammenhängenden Fragen ergebe sich dann von selbst. Zur Sicherheitsfrage selbst erklärte er schließlich, daß die deutsche Auffassung über den Zusammenhang zwischen

### Abrüstung und Sicherheit

bekannt sei. Er wiederholte die vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann in der letzten Völkerbundversammlung abgegebene Erklärung, daß Deutschland zur positiven Mitarbeit bereit sei, daß jedoch das Sicherheitsproblem in seinem ganzen Umfang untersucht werden müsse. Zur Bestimmung des Ausgangspunktes für die Verhandlungen könne einzig und allein das zu erreichende Ziel, nämlich die Verhinderung von Kriegen und die Gewährleistung der Aufrechterhaltung des Friedens maßgebend sein. Wir müssen immer die Tatsache vor Augen haben, sagte Bernstorff, daß wir niemals in der Lage sein werden, den Ausbruch von Konflikten zu verhindern, da internationale Konflikte immer wieder entstehen werden. Wichtig und entscheidend ist es deshalb, daß

### ein anderes Mittel als der Krieg

zur Lösung dieser Konflikte gefunden wird. Das Sicherheitskomitee muß also mit der Prüfung der Mittel beginnen, die uns für die friedliche Regelung bestehender oder künftiger Konflikte zur Verfügung stehen. Ich bin der Meinung, daß die unter diesem Gesichtswinkel sich bietenden Möglichkeiten weder durch den Völkerbundpakt noch durch die Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag vollkommen zur Wirksamkeit gebracht werden. Man muß also ergänzende Mittel und Methoden und neue konstruktive Ideen finden, die allein die Lösung des vorliegenden Problems ermöglichen. Sollen wir uns, bei einer Behandlung der äußeren Symptome haltzumachen, das Übel muß an der Wurzel gefaßt werden.

Der Präsident des Komitees, B e n e t t, schlug nach der Rede Bernstorffs vor, daß die einzelnen Delegationen etwaige weitere Anregungen bis zum 1. Januar nächsten Jahres dem Vorstandsbureau einreichen sollen. Es wurde weiter beschlossen, daß das Vorstandsbureau des Sicherheitskomitees die Festsetzung der zweiten Tagung des Komitees vornehmen soll, nachdem der Vorbereitende Abrüstungsausschuss das Datum für die zweite Lesung bestimmt haben wird. Als letzter Redner forderte Lord C u s h e n d u n, daß der Begriff der Sicherheit nicht zu eng gefaßt werde. Gegenüber neuen Vorschlägen sollte sich das Sicherheitskomitee auf keinen Fall verschließen. — Damit war die Aussprache geschlossen.

### Um die nächste Tagung der Abrüstungskommission.

Genf, 2. Dezember. Im Laufe des heutigen Abends hat beim Generalsekretär des Völkerbundes wiederum eine längere Besprechung stattgefunden, an der die Präsidenten des Sicherheitsausschusses der Abrüstungskommission sowie einige andere maßgebende Delegierte teilnahmen. Das Ergebnis der Be-

sprechung ist noch nicht bekannt, doch dürfte hierbei in erster Linie das Datum für die Einberufung der Abrüstungskommission für die zweite Lesung des Konventionentwurfes zur Verhandlung gestanden haben.

Es verlautet, daß der Sicherheitsausschuss zum 20. Februar einberufen werden wird, die Abrüstungskommission dagegen erst nach der Märztagung des Völkerbundesrates. Die Entscheidung wird erst in der morgigen Sitzung der Abrüstungskommission fallen, in der eine lebhafte Aussprache über den Antrag des deutschen Delegierten Grafen Bernstorff erwartet wird. Von deutscher Seite wird nach wie vor dringend auf eine möglichst frühzeitige Einberufung der Abrüstungskommission hingewiesen.

## Bilder von der Abrüstungskonferenz.

Von einem in Genf weilenden Journalisten.  
Verlegung des Völkerbundes? — Die Gäste aus Moskau. Eine Armee von Geheimpolizisten. — Kein Abbau der allgemeinen Wehrpflicht! — Die Schaffung eines eigenen Völkerbundesstaates.

Genf, Anfang Dezember.

Weitab vom grünen Genfer See, in Wien, gab es diesmal ein seltsames Vorspiel zu der Völkerbundversammlung. Der österreichische Bundespräsident Dr. Seipel erklärte bei einer eigens herbeigeführten Gelegenheit, daß Wien nicht den Wunsch habe, Genf als Sitz des Völkerbundes Konkurrenz zu machen, falls die Schweiz Wert darauf lege, den Völkerbund zu behalten. Erst bei diesem Anlaß erfuhren wohl weitere Kreise, daß Bestrebungen zur Verlegung des Völkerbundes nach Wien bestehen.

In der Tat kann man die hiesige Stimmung beim Zutritt der diesjährigen Dezembertagung als lustlos bezeichnen. Zwar bedeutet die Teilnahme der Russen an den Abrüstungsverhandlungen für die abwechslungsbedürftigen Genfer eine Senation. Aber die Russen selbst und die für ihre Sicherheit verantwortlichen schweizerischen amtlichen Organe empfinden die auf sie gelenkte Aufmerksamkeit mit wenig Vergnügen. Man behauptet, daß die Polizei Vorkehrungen zum Schutz des Lebens der russischen Diplomaten getroffen hat, wie sie in solchem Umfange noch niemals für irgendeine die Heimat Teils besuchende Persönlichkeit notwendig gewesen sind. Ein Heer von Geheimpolizisten, wie es in Genf noch niemals vereinigt war, bewacht und beobachtet den Wohnsitz und die Ausfahrten der Russen. Es wird weiter behauptet, daß ein nicht minder großes Aufgebot tätig sei, um jeden Versuch einer Demonstration aus den Arbeiter-vorkäben heraus, von wo das unvergeßene Pflastersteinattentat auf das Glashaus des Völkerbundeslastes erfolgt ist, im Voraus zu vereiteln.

Alles das stört die Ruhe der sonst üblichen gehobenen Genfer „Atmosphäre“, alles das geht dem Empfinden des für möglichst geringe Polizeiaufsicht schwärmenden freien Schweizer sehr gegen das Empfinden. Und aus diesen Stimmungen heraus ließe es sich schon verstehen, daß der Durchschnittsschweizer mindestens solche Sensationstaugung gern jedem anderen Volke überlassen würde, welches sich nach der Ehre drängen würde, was man freilich nicht laut sagen darf.

Man darf überhaupt vieles hier nicht laut sagen, und dazu gehört, daß der Schweiz die ganze Abrüstungsdebatte, sagen wir es einmal derb volkstümlich, wie der unerbittliche einfache Mann spricht, zum Halbe heraushängt. An den Ernst des Abrüstungswillens der großen Militär- und Seemächte glaubt man um so weniger, je länger man Gelegenheit hat, die schwungvollen Reden der beteiligten Staatsmänner aus nächster Nähe zu hören. Aber es gibt in diesen Reden einen Punkt, bei dem jeder echte Schweizer sofort hochgeht, und das ist die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Eine solche Forderung, die ja in den Abrüstungsverhandlungen eine bevorzugte Stellung einnimmt, könnte in der Tat einmal mit Mehrheit angenommen werden. Da es nach dem Urteil der militärischen Sachverständigen zweifelhaft ist, ob in einem Zukunftskriege die Massenbeere einen größeren Wert haben werden als eine durchgeschulte Truppe von Berufssoldaten, so könnten manche Grozmächte auf die allgemeine Wehrpflicht eher verzichten, als es nach schweizerischer Auffassung die Schweiz kann. Das Milizsystem, das jeden wehrfähigen Mann in den Dienst der Vaterlandsverteidigung stellt, ist aber in der Schweiz heraus bis in die politisch linksstehenden, grundtätig antimilitaristischen Parteien und Volksschichten so beliebt, daß jetzt Gesellschaften von unbedingt pazifistischer Einstellung für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht in der Schweiz eine öffentliche Propaganda entfalten.

Dazu kommt dann noch ein anderer Völkerbundbürger. Der Völkerbund ist eine Einrichtung zur Erhaltung des Friedens. Schön, wenn er seinen Zweck erfüllen kann. Aber gesetzt den Fall, es läme einmal zu einem neuen Krieg, und in diesen Krieg würde — unmöglich ist nicht — die Schweiz wider ihren Willen verwickelt, was soll dann aus dem Völkerbund werden? Auf dem Boden eines kriegführenden Staates könnte er nicht weiter tagen, das ist klar. Zudem läge Genf, seit die Neutralität der Savoyer Zonen faktisch aufgehört hat, unmittelbar im Bereich der französischen Geschütze und Gewehre. Da hat es um gerade noch gesagt, daß ein Kreis von bieberen Genfer weltfremden Idealisten den Plan ausgeheckt hat, um solche Schwierigkeiten zu beseitigen, Genf von der Schweiz abzutrennen und gemeinsam mit einem Stück der Savoyer Zonen als ein besonderes, unter einem von allen Völkern verbürgten Gottesfrieden stehendes Völkerbundland selbständig zu machen! Da hört aber für den Durchschnittsschweizer die Gemütslichkeit auf. Die Trennungsgedanke ist zwar nicht groß, aber daß man überhaupt von solchen Ausichten sprechen kann, verstimmt und trägt dazu bei, daß man in diesen Dezembertagen nirgendwo weniger Völkerbundbegeisterung findet als hier bei den Bürgern der Völkerbundstadt.

### Landwirtschaftliche Woche in Kiel.

In Kiel wurde die erste Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftliche Woche eröffnet, veranstaltet von der Landwirtschaftskammer der Provinz Schleswig-Holstein. Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Graf zu Rantzau-Breitenburg, hielt die Eröffnungsanrede, in der er sich mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft befaßte. Er verlangte u. a. vom Reichsfinanzminister größere Rücksichtnahme auf die Not der Landwirtschaft, namentlich im Hinblick auf die Unweatherschäden. Die Rentenbankzinsen, so führte er weiter aus, müßten schleunigst abgebaut werden, ebenso auch die sozialen Lasten. Eine große Anzahl landwirtschaftlicher Verbände hält bei der Gelegenheit in Kiel anlässlich der Landwirtschaftlichen Woche ihre Tagungen ab. Ebenso sind mehrere landwirtschaftliche Fachausstellungen eröffnet.